

Klarer Auftrag zur Beendigung des Projekts

Zum Artikel „Trotz nein: Planfeststellung geht weiter“ in der Ausgabe vom 18. Juli.

(...) Als möglicher Anlieger dieses Straßenbauvorhabens sehe ich sehr wohl die von den Befürwortern vorgebrachten Gründe, für mich persönlich wiegen die bekannten Argumente gegen dieses Straßenbauprojekt in Zeiten des spürbaren Klimawandels und schuldenfinanzierter Haushalte aber sehr viel mehr. In Deutschland und Bayern fehlt es aktuell sicher an vielem, aber nicht an Straßen und Brücken, deren Unterhalt man sich dauerhaft auch aus dem Kernhaushalt heraus leisten können muss. Mehr Straßen und Brücken bedeuten eben auch mehr Kosten und gebundene Mittel, die an anderer Stelle fehlen. Vom massiven Eingriff in die Umwelt ganz zu schweigen.

Ein Punkt lässt mich als Bürger nach dieser Sitzung und Lektüre Ihres Artikels aber immer noch ein wenig ratlos zurück. Warum bringt eine CSU-Fraktion, der auch der Erste Bürgermeister angehört, kurzfristig einen Antrag auf ein Bürgerbegehren in der Kenntnis ein, dass das Planfeststellungsverfahren (...) auch gegen den Willen der Kommune zum Abschluss gebracht wird? Gesetzt den Fall, der Antrag auf ein Bürgerbegehren wäre angenommen worden und es hätte tatsächlich ein Nein der Bürgerschaft zu Haindling-Nord gegeben, was hätte man den Bürger und Bürgerinnen dann im Anschluss mitgeteilt? (...)

Zuletzt daher meine Bitte an alle Entscheidungsträger, sehen Sie das eindeutige Votum des Stadtrates Geiselhöring gegen den Bau der Umgehungsstraße Haindling-Nord des Stadtrates Geiselhöring als klaren Auftrag zur Beendigung dieses Projektes!

Werner Krempf
Geiselhöring

Demokratie endet nicht, wo das Ergebnis missfällt

Zum Artikel „Trotz nein: Planfeststellung geht weiter“ in der Ausgabe vom 18. Juli:

Mit 13 zu acht Stimmen hat der Geiselhöringer Stadtrat die Trasse Haindling-Nord abgelehnt. Das ist eine klare demokratische Entscheidung – und keineswegs bedeutungslos, nur weil es sich um eine Staatsstraße handelt. (...) Haindling-Nord war schon immer ein sehr umstrittenes Projekt. Rund die Hälfte der Bürgerschaft lehnte die Trasse seit jeher ab. Wechselnde politische Mehrheiten machten sie 2015 erst möglich, und nun hat sich die Mehrheit erneut verändert.

Auch das Gutachten des Straßenbauamts war nie die unantastbare Wahrheit. Seine Grundlagen und Ergebnisse wurden durch eine fachliche Gegenanalyse erheblich infrage gestellt. Die Trassenwahl war deshalb nie bloß die Umsetzung eines Gutachtens, sondern immer eine politische Entscheidung darüber, welchen Zahlen man folgt und welche Interessen man höher gewichtet. Umso größer ist die Diskrepanz zu früheren Aussagen der Verantwortlichen. Der damalige Leiter des Staatlichen Bauamts Passau, Robert Wufka, erklärte ausdrücklich, sein Amt arbeite nicht gegen neue Beschlusslagen der Gemeinden und werde keine Projekte gegen deren Willen umsetzen. Auch Verkehrsminister Christian Bernreiter betonte die Bedeutung der kommunalen Zustimmung.

Genau diese neue Beschlusslage liegt jetzt vor. Wer die frühere Zustimmung der Stadt als Legitimation für die Planung genutzt hat, muss ihre heutige Ablehnung ebenso ernst nehmen.

Kommunale Selbstverwaltung beweist ihren Wert nicht dann, wenn Staat und Gemeinde derselben Meinung sind. Sie beweist ihn gerade dann, wenn eine demokratisch gewählte Mehrheit dem Staat widerspricht.

Barbara Kasberger
und Marco Lang,
Vorsitzende des SPD-Ortsvereins
Geiselhöring

Das Ende der Demokratie?

Zum selben Artikel:
Bekanntlich hat sich der Stadtrat von Geiselhöring am vergangenen Donnerstag mit deutlicher Mehrheit gegen den Bau der Ortsumgehung „Haindling-Nord“ ausgesprochen. Obwohl das Planfeststellungsverfahren noch läuft und voraussichtlich erst 2027 abgeschlossen sein wird, soll diese Entscheidung offenbar keine Auswirkungen mehr auf den weiteren Verlauf des Projekts haben. Das bedeutet: Trotz mehr als 300 Einwendungen und trotz des klaren Stadtratsbeschlusses soll die Umgehung gebaut werden.

Bürgermeister Herbert Lichtinger und Bastian Wufka erklärten, dass nach dem erwarteten Planfeststellungsbeschluss im Jahr 2027 zwar noch die Möglichkeit einer Klage bestehe, diese jedoch keine aufschiebende Wirkung für das Baurecht habe. Mit anderen Worten: Der Beschluss des Stadtrats gegen die Umgehung „Haindling-Nord“ spielt faktisch keine Rolle mehr. Das wirft grundsätzliche Fragen zum Verständnis demokratischer Mitbestimmung auf. (...) Bemerkenswert ist dabei, dass das Staatliche Bauamt Passau noch im Juni 2021 bei einem anderen Umgehungsjekt die Auffassung vertre-

ten hat, keine Maßnahmen gegen den Willen einer Gemeinde oder Region umsetzen zu wollen. In dieselbe Richtung äußerte sich im Januar 2023 auch Staatsminister Christian Bernreiter. Für die Umsetzung einer Umgehung sei, so der Minister, eine „breite Akzeptanz der Bevölkerung“ zwingende Voraussetzung.

Ein Stadtratsbeschluss mit 13 zu acht Stimmen gegen den Bau der Umgehung sollte eigentlich als deutliches Signal gewertet werden. Wenn das Vorgehen, das sich derzeit in Geiselhöring abzeichnet, Schule macht, könnte man sich künftig fragen, welchen Stellenwert kommunale Entscheidungen überhaupt noch haben. (...)

Joseph Bachhuber
Geiselhöring-Gingkofen

Wer ist hier respektlos gewesen?

Zum selben Artikel:
Die Mehrheit des Geiselhöringer Stadtrats wollte keinen weiteren Vortrag des Staatlichen Bauamts, sondern abstimmen. Daraufhin sprach Bastian Wufka von einer „Respektlosigkeit“, wie er sie noch nie erlebt habe.

Das ist eine bemerkenswerte Verdrehung der Rollen. Der Stadtrat ist kein Publikum, das einen vorbereiteten Behördenvortrag pflichtschuldig anzuhören hat. Er ist ein demokratisch gewähltes Gremium und entscheidet selbst, wann die Argumente ausgetauscht sind.

Wufka trat zudem nicht als neutraler Gutachter auf, sondern als Vertreter der Behörde, die Haindling-Nord seit Jahren plant und verteidigt. Die Mehrheit war nicht verpflichtet, sich diese Position unmit- telbar vor der Abstimmung nochmals vortragen zu lassen.

Respektlos war daher nicht der Verzicht auf den Vortrag. Respektlos war die öffentliche Zurechtweisung eines gewählten Stadtrats durch einen leitenden Beamten.

Respekt vor kommunaler Selbstverwaltung zeigt sich gerade dann, wenn eine Gemeinde nicht das be- schließt, was eine staatliche Behörde erwartet.

Ludwig Kerscher
und Martin Schmauser
SPD-Stadtratsfraktion
Geiselhöring

„Keine Projekte gegen den Willen einer Gemeinde“

Zum selben Artikel:

Wenn die Ablehnung durch den Stadtrat doch angeblich keinen Einfluss mehr auf das Planfeststellungsverfahren habe, dann stellt sich die Frage, weshalb Teile der CSU-Stadtratsfraktion die Abstimmung unbedingt verhindern und stattdessen mittels Ratsbegehren einen Bürgerentscheid erwirken wollen? Ein kostspieliger Bürgerentscheid über eine längst entschiedene Angelegenheit – das hätte die Bezeichnung „Schildbürgerstreich“ redlich verdient.

Zudem darf bezweifelt werden, dass das demokratische Votum gegen Haindling-Nord wirklich so wirkungslos sei, wie es nun behauptet wird: „Das Bauamt wird jedoch keine Projekte gegen den Willen einer Gemeinde oder Region durch- und umsetzen. Wenn die Bürger und Entscheidungsträger der Meinung sind, dass die in den letzten Jahren erklärte und verfolgte Verkehrspolitik im Landkreis überholt und nicht mehr gewünscht ist, werden wir uns dieser neuen Entwicklung nicht verschließen.“ (Zitat Robert Wufka in der Pressemitteilung 76/2021 des

Staatlichen Bauamts Passau zum Straßenbau im Landkreis Regen). Warum sollte diese Linie nun ausgerechnet im Fall Haindling-Nord nicht mehr gelten?

Armin Beranek
Geiselhöring-Greifling

Tieren ein lebenswerteres Leben bieten!

Zum Artikel vom 17. Juli „Zwischen Tradition und neuen Ideen“:
Diesen Artikel finde ich nicht gut. Es zeigt eine Tierhaltung, die nur auf Profit ausgelegt ist. Das dürfte heutzutage nicht mehr unterstützt werden!

Die Ferkel werden von ihren Müttern getrennt, die Schweine stehen auf einem Boden, der für die Betreiber zwar leicht zu reinigen ist, aber für die Tiere eine Zumutung. Es geht auch anders, der Artikel letzte Woche über eine Biobäuerin, bei der die Tiere nicht von ihren Müttern getrennt werden und auch auf eine Wiese durften und ihr kurzes Leben so gut es ging genießen! Dieser Artikel gehört nicht in die Zeitung – zumindest nicht so positiv dargestellt! Ich sehe darin keine Bemühung der Bäuerin, es den Tieren einigermaßen erträglich zu gestalten.

Jeder weiß, dass der viele Fleischkonsum der Vergangenheit angehört, nur negative Folgen für die Gesundheit der Menschheit birgt. Solche Mastbetriebe dürfen nicht noch mit Zeitungsartikeln bestärkt werden. Schreibt doch lieber über landwirtschaftliche Betriebe, die die viele Arbeit und Kosten nicht scheuen, den Tieren wenigstens für ihre kurze Lebenszeit eine angenehme und respektvolle Umgebung zu bieten.

Manuela Winklmeier
Bogen

Realitätsverweigerung

Zum Artikel „Trotz nein: Planfeststellung geht weiter“ in der Samstagsausgabe:

Es ist völlig unverständlich, dass gerade in der derzeit kritischen wirtschaftlichen und weltpolitischen Lage noch immer ein Millionenprojekt wie „Haindling-Nord“ allen Ernstes weiterverfolgt wird. Selbst die bayerische Staatsregierung hat den alten Ausbauplan für Staatsstraßen mittlerweile stark zusammengestrichen, von ursprünglich 666 Projekten sollen nur noch rund 149 weiterverfolgt werden. Ausschlaggebend für die Streichungen waren vor allem vier Kriterien: stärkere Gewichtung von Klima-, Natur- und Flächenschutz, Nutzen- und Kostenabwägung und Realisierbarkeit, finanzielle Grenzen des Freistaates und Fokus auf bestehende Infrastruktur statt Neubau.

Vor allem die beiden letzten Punkte haben es in sich: Der Freistaat Bayern gesteht mittlerweile ein, dass die Umsetzung aller alten Projekte kaum finanzierbar sei, da Staatsstraßen überwiegend aus dem Landeshaushalt bezahlt werden. Deshalb wird zukünftig ein größerer Teil der Mittel in Erhalt und Sanierung vorhandener Straßen und Brücken investiert statt in Neubauten. Die neue Linie der Staatsregierung setzt daneben auch auf sichere Radwege und alternative Mobilitätsangebote wie die Bahn. (...)

Der entscheidende Unterschied ist, dass der Durchgangsverkehr nicht mehr automatisch ein ausreichendes Argument für Neubau sei, sondern durchaus gefragt wird, ob der Nutzen den Eingriff rechtfertigt und ob Alternativen existieren. In beiden Fällen gibt es eine klare Antwort, eine 50 Millionen-Trasse, wie Haindling-Nord, die unsere Heimat zerstört, rechtfertigt nicht den Bau dieser Umgehung und Alternativen sind vorhanden. (...)

Angela Ramsauer
Stadträtin (ÖDP)
Geiselhöring

Mut

zur Bremse!

Zum Artikel: „Trotz nein – Planfeststellung geht weiter“ in der Ausgabe vom 18. Juli:

Dass die Geiselhöringer Markträte – ebenso wie die Kollegen in Mallersdorf-Pfaffenberg – endlich die Zeichen der Zeit erkannt haben, verdient Anerkennung.

Was wir jetzt brauchen, sind keine teuren unnötigen Umgehungsstraßen mit zehn bis 20 Jahren Planungszeit, sondern sofortige, spürbare Verkehrsberuhigungen in den Ortskernen. Wer einen Blick in den Bayerischen Verkehrswegeplan wirft, sieht das eigentliche Problem:

Von Neufahrn über Mallersdorf-Pfaffenberg, Laberweinting und Geiselhöring bis nach Alburg-Kay reiht sich Ortsumgehung an Ortsumgehung. Das bedeutet den vertrauten, aber unentschuldbaren Beton-Wahnsinn von 158 Hektar Flächenverbrauch. Hier wird nicht die Zukunft gestaltet, sondern stur dem wachsenden Autoverkehr hinterhergebaut. Ein durchdachtes, zukunftsfähiges Mobilitätskonzept? Fehlanzeige!

Dass man die Anwohner erst einmal direkt entlasten könnte, bevor überhaupt die Bagger rollen, scheint bei den Planern schlicht nicht auf dem Schirm zu sein. Mehr als die Hälfte der Bundesbürger leidet unter massivem Straßenver-

kehrslärm. (...) Schwer- und landwirtschaftlicher Durchgangsverkehr genießt weiterhin absolute Narrenfreiheit – die geplagten Bürgerinnen und Bürger hingegen haben in den Ministerien offensichtlich keine Lobby. Es ist hochgradig an der Zeit, umzudenken: Bei sämtlichen Umfahrungsplanungen in Bayern muss eine sofortige Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahrten zur zwingenden Pflicht werden. Wenn die Orte erst einmal leise, sicher und lebenswert sind, kann die bürokratische Umfahrungsplanung von mir aus wieder wie gewohnt Jahrzehnte dauern.

Hans Bender
Straubing-Alburg

Das viele Geld für
Krankenhäuser nehmen

Zum Artikel „Trotz nein: Planfeststellung geht weiter“ in der Ausgabe vom 18. Juli:

Lasst das bitte sein, mit der Zerstörung unserer Natur! Nehmt das viele Geld zur Rettung der nahe gelegenen Krankenhäuser. Denn die Gesundheit unserer Mitmenschen ist wichtiger als euer ewiges Hin- und Her mit dieser sinnlosen „Monstertrasse“. Vergesst Haindling Nord! Unser Herbert wünscht sich ja immer eine lebendige Stadt, dann soll es auch so bleiben. Geiselhöring stirbt sowieso bald aus, ob mit oder ohne Verkehr. Wir brauchen eine konkretere Lösung damit auch Hainsbach nicht im Verkehr erstickt. (...) Mit circa 60 Millionen Euro könnte man sicher Sinnvolles erreichen. Mit einem Bruchteil dieser Summe könnte das Bauamt Passau eine Brücke von Sallach nach Hadersbach entwickeln. (...) Mir und vielen anderen Verkehrsteilnehmern wäre viel Leid und Schmerz erspart geblieben, wenn dort seit 20 Jahren so ein Bauwerk existieren würde. Günter Schetl Greifing